



Deutscher
Philologenverband



Verband Deutscher Realschullehrer



DIE BERUFSBILDNER



Ihr Berufsverband für
Lehrkräfte und Pädagogen



Philologenverband
Baden-Württemberg



Realschullehrerverband
Baden-Württemberg

Deutscher Lehrerverband auf der didacta 2025

12.02.2025

Leistung fordern, Realschulen stärken, Digitalpakt 2.0 sichern

DL-Bundesverbände und baden-württembergische Landesverbände setzen sich für die verbindliche Grundschulempfehlung in Baden-Württemberg für alle Schularten ein und fordern die möglichen künftigen Regierungsparteien im Bundestagswahlkampf auf, für eine schnelle Umsetzung des Digitalpakts 2.0 zu sorgen

„Wir haben an Deutschlands Schulen ein Leistungsproblem – immer bessere Noten und Abschlüsse, aber sinkende Ansprüche und auch viele Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards bei Leistungsvergleichsstudien nicht erreichen. Wir müssen unseren Schülerinnen und Schülern auch etwas zumuten und abverlangen! Dann können sie ihre Neigungen und Talente im Bildungsverlauf wirklich entfalten!“, betonte Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), auf der didacta 2025 zum Auftakt des heutigen Pressegesprächs. „In diesem Kontext ist auch die verbindliche Übertrittsempfehlung zu sehen.“ Gemeinsam mit dem DL-Bundesverbänden DPhV, VDR, BvLB und KEG und den beiden baden-württembergischen Landesverbänden RLV BW und PhV BW stellte er sich den Fragen der Medienvertreter.

Realschulen stärken

Dr. Karin Broszat, Landesvorsitzende des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg, stellte den Volksantrag in Baden-Württemberg „Nicht ohne unsere Realschulen“ vor, den ihr Verband im November initiiert hatte: „Wir fordern eine verbindliche Übertrittsregelung für die Realschulen! Das kürzlich verabschiedete Schulgesetz in Baden-Württemberg sieht das hingegen nur für die Gymnasien vor. Eine Verbindlichkeit für die Realschulen regelt gleichzeitig auch den Zugang zu den Hauptschulen und Werkrealschulen, gilt somit für alle Schularten und sichert ihre Existenz und Eigenständigkeit in einem leistungsgerechten gegliederten Schulsystem.“ Die Unterschriftensammlung für den Volksantrag läuft, bei einer Zahl von 40.000 Unterschriften muss sich der Landtag mit dem Anliegen beschäftigen. „Neben Verbänden, Parteien, Institutionen, den Lehrkräften und Eltern an den unterschiedlichen Schularten unterstützen uns gerade auch die ehemaligen Schülerinnen und Schüler der Realschule und ihre Netzwerke in Handwerk, Industrie und Dienstleistungsbetrieben bei der Sammlung der Unterschriften“, berichtete Dr. Broszat.

Ralf Neugschwender, Bundesvorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer VDR ergänzte: „Die Realschule ist ein Erfolgsmodell – und das soll so bleiben. Unser Volksantrag gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Chance, die drohende Abwertung dieser bewährten Schulart zu verhindern. Eine eigenständige Realschule mit verbindlicher Grundschulempfehlung ist entscheidend für starke Abschlüsse und eine erfolgreiche Zukunft. Handwerk, Industrie und Verwaltung setzen auf gut ausgebildete Realschulabsolventen – Baden-Württemberg darf dieses Fundament nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.“

Martina Scherer, Landesvorsitzende des Philologenverbands Baden-Württemberg, unterstützte das Anliegen des RLV BW aus der Perspektive der Gymnasiallehrkräfte: „Wir setzen uns ein für ein

differenziertes Schulsystem, unserer Meinung nach soll es für jeden die passende Schulart geben, das spiegelt auch die Vielfalt in unserer Gesellschaft wider. Schülerinnen und Schüler dürfen nicht scheitern, weil sie an der für sie falschen Schulart sind. Mit der Durchlässigkeit des Schulsystems sind die Wege in alle Richtungen offen und fördern die Chancengleichheit für alle und fördern die Bildungsgerechtigkeit.“

Digitalpakt 2.0 sichern

Hinsichtlich des laufenden Bundestagswahlkampfs lenkte DL-Präsident Düll den Blick auf den Bund und seine Verantwortung beim Digitalpakt 2.0: „Die Bildung und ihre Finanzierung darf nicht aus dem Blick verloren werden – ein Jahr wurde schon verloren, nichts ist wirklich geschehen! Der Digitalpakt bis 2024 bedeutete eine dringend benötigte finanzielle Unterstützung der digitalen Entwicklung der Schulen – umso stärker spüren die Schulen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler jetzt die Lücke, die dadurch entsteht, dass es bisher keine Anschlussfinanzierung durch einen Digitalpakt 2.0 gibt. Geräte ersetzen, Programme und Lizenzen erneuern, KI einführen, Weiterbildungen anbieten – das alles muss finanziert werden“, zählte DL-Präsident Stefan Düll auf. „Im Dezember haben Bundesbildungsminister Cem Özdemir und die Bildungsministerkonferenz sich auf vorläufige Eckpunkte für einen Digitalpakt 2.0 geeinigt. Wir fordern die künftige Bundesregierung sowie die Regierungen der Länder auf, nach der Wahl sich nicht wieder erneut in langwierigen Verhandlungen zu verlieren, sondern die beschlossene Finanzierung zügig umzusetzen! Agilität in der Entwicklung, Stillstand in der Finanzierung – das passt nicht zusammen!“

Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbands DPhV, hob hervor: „Dass die Verhandlungen über die Fortsetzung des bis Anfang 2024 gelaufenen ersten Digitalpakts auch Anfang 2025 noch nicht beendet sind, zeigt zwei ganz zentrale Probleme auf: Zum einen, dass die politischen Entscheidungsträger grundsätzlich viel zu lange benötigten, dieses wichtige Maßnahmenpaket in eine beschlussfähige Form zu bringen. Zum anderen ist das Konstrukt eines immer wieder nur befristet laufenden Digitalpakts zu hinterfragen. Wir brauchen einen stetigen Mittelfluss für kluge digitale Investitionen, Administration und Instandhaltungen, damit die Schulen zumindest mittelfristig gut planen können. Nur so kann die Politik glaubhaft vermitteln, dass sie es mit einer verantwortungsbewussten digitalen Unterstützung ernst meint.“

„Digitalisierung der Bildung ist ein, wenn nicht das Zukunftsthema von Schule“, unterstrich Pankraz Männlein vom Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung BvLB. „Wegen ihrer Nähe zum Beschäftigungssystem und als Partner in der dualen Berufsausbildung sind die beruflichen Schulen vom technologischen und wirtschaftlichen Wandel durch die Digitalisierung besonders und unmittelbar berührt. Ohne die neueste digitale Ausstattung an den beruflichen Schulen geht es nicht – Berufe werden immer noch digitaler; darauf müssen berufliche Schulen vorbereiten.“

KEG-Bundesvorsitzende Gerlinde Kohl bekräftigte: „Komplexe digitale Werkzeuge bieten unzählige Möglichkeiten zur Gestaltung von Zukunft und haben tiefgreifende Auswirkungen auf verschiedene Aspekte unseres Lebens. Um an der digitalen Gesellschaft teilzuhaben sowie sie mitzugestalten ist eine gut ausgebaute digitale Bildungsinfrastruktur für die KEG unerlässlich.“

Für Stellungnahmen erreichen Sie die Vertreter der Verbände über folgende Kontakte:

DL-Präsident Stefan Düll: presse@lehrerverband.de/0151-10926848

DPhV-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing: friedrich.pohl@dphv.de/0175-7619885

VDR-Bundesvorsitzender Ralf Neuschwender: presse@vdr-bund.de/0176-31542332

BvLB-Bundesvorsitzender Pankraz Männlein: info@bvlb.de

KEG-Bundesvorsitzende Gerlinde Kohl: info@keg-deutschland.de

PhV BW-Landesvorsitzende Martina Scherer: martina.scherer@phv-bw.de

RLV BW-Landesvorsitzende Dr. Karin Broszat: landesvorsitz@rlv-bw.de

Für den Inhalt verantwortlich: Geschäftsstelle Deutscher Lehrerverband – Anne Schirmacher
Dominicusstr. 3 – 10823 Berlin – Tel. (030) 70 09 47 76 – E-Mail: info@lehreverband.de